

«Kafi» wird teurer

Der Cafetier-Verband empfiehlt einen Aufschlag von 10 bis 20 Rappen

ZÜRICH Spielraum für eine Preiserhöhung gibt es eigentlich keinen. «Die Gäste sind preissensibler geworden und trinken ihren Kaffee öfter zu Hause», sagt Robert Kneubühler. Der Chef des Bistro Papillon in Luzern muss dieses Jahr eine Umsatzeinbusse von 20 Prozent verkraften.

Preiserhöhungen wird es trotzdem geben. «Wenn es das Marktumfeld zulässt, sollen die Café-Betreiber 10 bis 20 Rappen aufschlagen», sagt Cafetier-Verbandspräsident Hans-Peter Oetli. Als generelle Empfehlung will er das zwar nicht verstanden haben, bei Spezial-Kaffee wie Latte macchiato oder Cappuccino sieht Oetli aber Luft für Erhöhungen auf Anfang 2010. So verlangt etwa die Coniserie Eichenberger in Bern für den Milchkaffee und den Cappuccino ab nächstem Jahr 10 Rappen mehr.

Die Kaffee-Kette Spettacolo schlägt schon früher auf. Auf Mitte Dezember erhöht sie die Preise von Espresso, Caffè Latte, Cappuccino, Schokolade und Ovomaltine um 10 Rappen. Gründe dafür seien unter anderem die fünfte Ferienwoche und der erweiterte 13. Monatslohn, die der neue Gesamtarbeitsvertrag vorsehe, heisst es bei der Spettacolo-Mutter Valora.

Die zusätzliche Ferienwoche wird allerdings erst auf 2010 eingeführt und der 13. Monatslohn auf 2012 – wegen der Wirtschaftskrise. Die bekommt Spettacolo an den 33 Standorten stark zu spüren. Laut gut unterrichteten Quellen verzeichnen einige Umsatzeinbussen von bis zu 40 Prozent. Spettacolo-Mutter Valora bestreitet dies. Spricht aber von Einbussen im tiefen zweistelligen Bereich. BENITA VOGEL



Peter Siegenthaler, Chef der Finanzverwaltung: Sein Bericht soll am 16. Dezember verabschiedet werden

FOTO: TOMAS WUETHRICH/DUKAS

Migros mit mehr Top-Marken

Coca-Cola und Pampers sollen in die Regale

ZÜRICH Die Migros will offenbar mehr Markenartikel ins Sortiment aufnehmen. Ab Januar 2010 wird sie Coca-Cola und Thomy von Nestlé verkaufen. Das berichtet die deutsche «Lebensmittel Zeitung». Laut dem Branchenblatt ist die Migros auch in Verhandlungen über die Listung von

Pampers. Die neuen Marken sollen der Kundenbindung dienen, heisst es. Migros-Sprecherin Monica Glisenti will den Bericht «weder bestätigen noch dementieren». Die Aufnahme von Coca-Cola käme einem Strategiewechsel gleich. Die Migros verkauft bis heute exklusiv Pepsi.

ANZEIGE

DIE BERLEBSWIRTSCHAFTEN
NEUE MARKETINGMANAGER
NEUE WIRTSCHAFTSINFERMA
NEUE KONZERNFINANZIERUNG
DIE CONROLLS
NEUE INTERNANZUNGEN
DIE PERSONELLS
DIE QUALITÄTSMANAGER
DIE SCHULUNGSBEREITUNG
MANAGEMENT

SIR SCHWEIZERISCHES INSTITUT FÜR BETRIEBSWIRTSCHAFTSLEHRE
DIE SCHWEIZERISCHEN KADERSCHULEN

Freiwillige Beiträge im Gemeindefonds
 Zürich/City
 WWW.SIR.CH
 08 322 26 66

Bund will hart bleiben

In zehn Tagen legt der Bundesrat seine «Finanzplatzstrategie» vor

VON LUKAS HÄSSIG

BERN/ZÜRICH Der Bundesrat liess von Peter Siegenthaler, Chef der eidgenössischen Finanzverwaltung, eine «Strategische Stossrichtung für den Finanzplatz Schweiz» erarbeiten. Am 16. Dezember wird der Bundesrat Siegenthalers umfangreichen Bericht verabschieden, wie die Sonntags-Zeitung aus Verwaltungskreisen erfahren hat. Offiziell nimmt niemand dazu Stellung.

In der Siegenthaler-Gruppe vertreten sind Spitzenkräfte von Finanzmarktaufsicht, Nationalbank, Bankiervereinigung und Börse. Die übergeordnete Frage lautet, wie sich der Finanzplatz Schweiz in der neuen Welt positionieren soll. In den letzten Monaten wurden Hearings mit Banken, Versicherungen und Vermögensverwaltern durchgeführt. Dokumente verarbeitet und das Ganze verdichtet. Die Finanzindustrie hat den Bericht in einer Vernehmlassung verabschiedet.

Lange wusste niemand von der Strategiegruppe. Bekannt wurde ihr Bestehen erst, als der Luzerner CVP-Ständerat Konrad Graber per Postulat im März die Regierung fragte, wie die «Stärken des Finanzmarktplatzes Schweiz erhalten und die Schwächen beseitigt werden» könnten.

Wie aus Finanzkreisen zu erfahren war, wird die Schweiz gegenüber dem Ausland hart bleiben und nicht auf die Linie Liechtensteins einschwenken. Im Unterschied zum Fürstentum will der Bundesrat nicht Hand bieten für den automatischen Informationsaustausch. Ebenfalls wenig kom-

promissbereit zeigt sich der Bundesrat beim Schutz der Privatsphäre für alte Schwarzgelder auf Schweizer Konten. Gleichwohl sollen die Kunden Wege aufgezeigt werden, wie sie ihre Gelder legitimieren können. Banken sollen die Kunden zur Selbstdeklaration animieren.

Abgeltungssteuer zur Wahrung der Privatsphäre

Gemäss Schätzungen liegen rund 1000 Milliarden Franken ungesteuertes Vermögen in der Schweiz. Die Weichen Richtung Weissgeld sind gestellt. Die Schweiz leistet bei Steuerhinterziehung Amtshilfe, und die Bankenlobby offeriert im Gegenzug zur Wahrung der Privatsphäre eine sogenannte Abgeltungssteuer.

Die Landesregierung hofft, damit den letzten Rest des Bankgeheimnisses verteidigen zu können. Ob dies gelingt, hängt von der Reaktion des Auslands auf die neue Finanzplatzstrategie des Bundes ab.

CS verdiente 25,6 Mio. am britischen Bankenfiasko

Die Grossbank Credit Suisse verdiente an der Rettung der britischen Banken 15,4 Millionen Pfund (30 Millionen Franken). So steht es in einem Bericht des britischen Rechnungshofs National Audit Office.

Vor einem Jahr stand das britische Bankenwesen vor dem Abgrund. Der Staat musste mit milliardenschweren Rettungspaketen die serbelnden Hypothekenbanken wie Royal Bank of Scotland, Bradford & Bingley und Northern Rock vor dem Kollaps retten. Eine der Nutzniesserinnen des englischen Bankenfiaskos ist die Schweizer Grossbank Credit Suisse. Gemäss dem Bericht des Rechnungshofs verdiente sie für diverse Beratungsleistungen bisher insgesamt 15,4 Millionen britische Pfund (25,6 Millionen Franken). Zwei Verträge verpflichteten die Briten zur Zahlung von monatlichen Beratungspauschalen von 333'000 und knapp 500'000 Franken. Zudem wurden der Bank Erfolgsprämien in Aussicht gestellt – 2,5 und 5 Millionen Franken, die noch nicht bezahlt wurden. [BS]

Madoff-Verluste: Ein Fall für die Schweizer Strafrecht

Hiesigen Vermögensverwaltern droht Strafanzeige

ZÜRICH Vermögensverwalter, die das Geld ihrer Kunden bei Madoff investiert haben, könnten strafrechtlich belangt werden. Zu diesem Schluss kommt der Freiburger Strafrechtsprofessor Christof Riedo. «Eine Verletzung der sogenannten Aufsichtspflicht kann grundsätzlich eine ungetreue Geschäftsbesorgung darstellen», sagt Riedo. Das sind schlechte Nachrichten für die Bank Reichmuth und ihren Anlagefonds Matterhorn oder für den Hedge-Fund Auriga International.

Dafür freut sich der Zürcher Wirtschaftsanwalt Daniel Fischer. Er vertritt «eine grössere Anzahl» Madoff-geschädigter Kunden in der Schweiz, es gehe um Millionenbeträge. Zur Einschätzung Riedos sagt er: «Dies ist ein grif-

figes Druckmittel.» Bisher sind die Versuche Fischers gescheitert, sich aussergerichtlich mit den Vermögensverwaltern und Fonds zu vergleichen, wobei die Bank Reichmuth kooperativ sei.

Eine Strafanzeige ist für Fischer Ultima Ratio. Er hoffe «auf die Vernunft der aufsichtsrechtlichen Organe», auf dass sie endlich die notwendigen Unterlagen herausgeben, und weist darauf hin, dass einige Forderungen am 11. Dezember verjähren könnten.

Vor einem Jahr ist Bernard Madoff in New York verhaftet worden. Inzwischen ist er wegen Betrugs zu 150 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Sein Anlagevehikel war ein Schneeballsystem, seine Opfer verloren über 21 Milliarden Dollar. J. F. TANDA

CVP-Schwaller kritisiert Billigkassen scharf

Zusatzversicherte müssen Verluste decken

BERN Neue Front gegen Billigkassen. CVP-Ständerat Urs Schwaller will ein Verbot von Quersubventionen bei Krankenkassen. «Es kann nicht sein, dass Billigkassen ihre Verluste mit Geldern aus der Zusatzversicherung decken», sagt er. Laut Zahlen des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) schrieben die Tochterunternehmen von Gruppe Mutuel, Visana, CSS und Helsana 2008 einen versicherungstechnischen Verlust von knapp 251,8 Millionen Franken. Weil die Prämien 2009 nicht kostendeckend sind, werden die Verluste Ende Jahr noch höher ausfallen.

In einer Interpellation will Schwaller nun vom Bundesrat wissen, ob diese Verluste mittels Quersubvention gedeckt wurden,

weshalb das Bundesamt für Gesundheit, das die Prämien bewilligen muss, dies zulasse und ob das Amt die Quersubventionen verhindern könnte. «Fehlen die gesetzlichen Grundlagen zum Verbot der Quersubvention, müssen sie geschaffen werden», fordert Schwaller. In diesem Fall wird er in der März-Session eine Motion einreichen.

Jeder Zusatzversicherte müsse sich heute nämlich fragen, ob seine Prämie nicht zu hoch sei, weil er die Grundversicherung von anderen Prämienzahlern mitfinanziert. Kritik an der Quersubvention kommt auch von der Ärzteschaft. Cédric George von der Klinik Pyramide: «Ohne Quersubventionierung würde die Zusatzversicherung billiger.» BENITA VOGEL